



HESSISCHER LANDTAG

06. 04. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Angriffe auf Gesellschaft und Kommunalpolitik nicht tolerieren – Konsequenzen aus der Anhörung zu Ursachen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die zunehmende Bedrohung von kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, Personen des öffentlichen Lebens, zivilgesellschaftlich engagierten Personen, Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeitern, aber auch bei der Polizei, in Schulen, den Jobcentern, dem Justizvollzug und bei den Gerichtsvollziehern ein inakzeptabler und nicht hinnehmbarer Zustand ist. Der Landtag verurteilt jede Form der Gewalt. Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen und Einschüchterungen dürfen in Hessen und Deutschland keinen Platz haben.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich Politik und Gesellschaft gegen diese Angriffe zur Wehr setzen müssen, auch um zu verhindern, dass sich Menschen, die Verantwortung übernehmen, künftig aus Angst vor bedrohlichen Situationen davor scheuen.
3. Der Landtag stellt fest, dass im Rahmen der durch den Innen- und Hauptausschuss am 27.08.2020 durchgeführten Anhörung eine Vielzahl von Ansätzen sichtbar wurden, um bisherige Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe zu überdenken, neue Möglichkeiten zu deren Bekämpfung zu überprüfen und die Strukturen zu verbessern. Hier sind insbesondere folgende Aspekte festzuhalten:
 - a) Ausbau politischer Bildung/Demokratieerziehung/Schulsozialarbeit
Die Anhörung hat bestätigt, wie wichtig ein frühzeitiger Fokus auf die Bereiche politische Bildung und Demokratieerziehung ist. Demokratieprozesse sind Alltagsprozesse, sie lassen sich am besten durch frühzeitiges, eigenes Erleben lernen. Neben dem Elternhaus sind gerade Kindertageseinrichtungen und Schulen die entwicklungsbestimmende Umgebung für Kinder. Hier kann die Basis dafür gelegt werden, um autonom und in vielfältiger Weise an demokratischen Prozessen zu partizipieren und diese damit auch frühzeitig zu verinnerlichen. Diese Form der Demokratieerziehung muss sowohl in Kindertagesstätten als auch in Schulen gestärkt werden. Auch die Schulsozialarbeit ist weiter zu stärken.
 - b) Wirksame Strafverfolgung/weiterer Stellenaufbau im Justizbereich/Schulung des Führungspersonals im Umgang mit von Gewaltvorfällen Betroffenen
Die Anhörung hat gezeigt, dass es bei Straftaten, denen Bedrohungen, Hass oder Übergriffe zu Grunde liegen, häufig an einer wirksamen Strafverfolgung mangelt. Die (bisher nicht repräsentativen) wissenschaftlichen Erhebungen sowie die Einlassungen der Gewerkschaften im besonderen Fall der Angriffe gegen Einsatz- und Rettungskräfte haben verdeutlicht, dass Strafanzeigen durch Betroffene nach Bedrohungssituationen immer seltener gestellt werden, da man ohnehin mit einer Nichtverfolgung oder zeitnahen Einstellung der Verfahren rechnet. Die Justiz ihrerseits bemängelt, dass der Personalkörper in keinem Verhältnis zum gestiegenen Arbeitsaufkommen steht. Konkrete Auskünfte auch über das Anzeigeverhalten könnte eine Dunkelfeldstudie erheben, die die Landesregierung bisher ablehnt. Wenn Staatsanwaltschaft oder Gerichte Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellen, so ermuntert dies mittelbar zu weiteren Gewaltakten und führt zu einem Gefühl der Schutzlosigkeit. Die fehlende wirksame Strafverfolgung ist eine Form von Kapitulation, die nicht akzeptiert werden darf.

Hinzu kommt: Betroffene ganz unterschiedlicher Berufsgruppen sehen sich häufig nicht ausreichend von ihren eigenen Führungsebenen unterstützt (im Bereich der Polizei 40 %). Und dies weder beim Eingeständnis von Gewaltvorfällen in der eigenen Institution, noch individuell bei der Bewältigung eines Gewaltvorfalls. Es fehlt an Unterstützung, um mit solchen Ereignissen künftig besser umzugehen. Dies muss sich ändern.

- c) Wissenschaftliche Erhebungen ausweiten – Evaluation zu Ursachen und Wirkungen von Bedrohungen bzw. Bedrohungssituationen:

Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass empirisches Wissen fehlt. Sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft als auch Gewerkschaften wiesen auf ein „eingeschränktes Lagebild“ hin. Zwar gebe es einige Studien, ein umfassendes Bild sei jedoch noch nicht vorhanden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Nur wer die Ursachen kennt, kann ein Problem effektiv beheben. Es bedarf weitergehender wissenschaftlicher Untersuchungen, um Hass und Hetze effektiv bekämpfen zu können.

- d) Extremismusbekämpfung – Systematische Erhebung bisheriger Maßnahmen und bessere Koordination:

Seit 2015 gibt es das Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus. In der Anhörung wurde sichtbar, dass den verschiedenen Maßnahmen und Handlungsfeldern der rote Faden fehlt. Die bisherigen Maßnahmen müssen erhoben und überprüft werden. Mögliche Lücken müssen dringend geschlossen werden.

- e) Landesdemokratiefördergesetz für Hessen

Die Expertinnen und Experten haben im Rahmen der Anhörung verdeutlicht, dass das auf Bundesebene diskutierte Bundesdemokratiefördergesetz nicht alle landesspezifischen Probleme lösen kann. Die Beratungsaktivitäten erfolgen in Länderverantwortung, hier ist eine Verstärkung der Mittel notwendig. Dies kann im Rahmen eines Landesdemokratiegesetzes geregelt werden.

4. Unter Berücksichtigung der von den Expertinnen und Experten aufgeworfenen und beschriebenen Problemfelder fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- a) Demokratieerziehung bereits im Kitabereich zu stärken sowie im Schulbereich das Erlernen von demokratischen Prozessen noch stärker zu verankern und Schulsozialarbeit auszubauen,
- b) das Führungspersonal besonders betroffener Berufsgruppen im Umgang mit Gewaltvorfällen zu schulen,
- c) Polizei und Justiz in einer Weise personell und sächlich auszustatten, die eine ordentliche und umfassende Strafverfolgung ermöglicht,
- d) eine Dunkelfeldstudie in Auftrag zu geben, die auch über die Frage des Anzeigeverhaltens Aufschluss gibt,
- e) weitere wissenschaftliche Erhebungen zu prüfen, um Ursachen, dynamisierende Effekte und Wechselwirkungen von Bedrohung, Hass und Übergriffen zu erforschen, um ihnen effektive Maßnahmen entgegensetzen zu können,
- f) alle Maßnahmen und Handlungsfelder im Kampf gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe aufzuschlüsseln und auf den Prüfstand zu stellen, um mögliche Lücken sichtbar zu machen und die Maßnahmen darüber hinaus besser zu strukturieren,
- g) die Schaffung eines Landesdemokratiefördergesetzes zu prüfen, auch um eine Verstärkung der Mittel in den wichtigsten Handlungsfeldern sicherzustellen.

Begründung:

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrags von SPD, CDU, Freien Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucks. 20/2531) fand im Hessischen Landtag die Anhörung zu Ursachen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffen kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Personen des öffentlichen Lebens, zivilgesellschaftlich engagierter Personen, Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter und Einsatz- und Rettungskräfte statt. Angehört wurden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, der Gewerkschaften, der Sicherheitsbehörden und der ehrenamtlichen Organisationen.

Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass offenkundig immer mehr Menschen immer weniger Hemmungen haben, andere zu beleidigen, zu bedrohen oder gar mit körperlicher Gewalt anzugreifen. Ob Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter oder ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger – die verbalen und körperlichen Übergriffe steigern sich. Diesem Verlust des Gemeinsinns müssen wir schnell und konsequent entgegensteuern. Beschleunigt und verstärkt werde das bedrohliche Gegeneinander von den Filterblasen in den sozialen Medien, die zu „Radikalisierungsmaschinen“ geworden sind. Die Landesregierung ist gehalten, die in der Anhörung zum Ausdruck gekommenen Problemfelder aufzugreifen und im Kampf gegen Bedrohung, Hass und Hetze die beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen.

Wiesbaden, 6. April 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser